

Abgeordnetenhaus BERLIN

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement

19. Sitzung

14. September 2015

Beginn: 16.36 Uhr
Schluss: 18.53 Uhr
Vorsitz: Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Berichte aus den Senatsverwaltungen

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Dann kommen wir zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Perspektiven im bürgerschaftlichen Engagement in Berlin – 10 Jahre Landesnetzwerk Bürgerengagement** (auf Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion) [0034](#)
BuergEn
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **10 Jahre Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement – Rückblick und Zukunftsperspektiven** (auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU) [0035](#)
BuergEn

Hierzu: Anhörung

Zu Punkt 3 haben wir Frau Metzner, Herrn Schippel und Frau Schaaf-Derichs eingeladen. – Ich danke Ihnen noch mal, dass Sie da sind. – Ich schlage vor, dass Herr Schippel den Anfang macht, dann Frau Metzner – wir ziehen die beiden Punkte zusammen – und dann Frau Schaaf-Derichs. Zuvor noch die Frage: Soll ein Wortprotokoll erstellt werden? – Ja, dann machen wir es so!

Auf eine Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 kann verzichtet werden, glaube ich, Frau Dunger-Löper hat dazu ja auch schon einiges gesagt; das findet im Rahmen der Engagementwoche statt. Möchte eine der beiden beantragenden Fraktionen noch etwas begründen? – Das ist nicht der Fall. Dann, Herr Schippel, haben Sie das Wort.

Dietrich Schippel (Netzwerk Ehrenamt Neukölln – Sprecherrat): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser doch sehr wichtigen Sitzung. Wichtig deshalb, weil es eine Premiere ist insofern, dass es erstens überhaupt einen Ausschuss für das bürgerschaftliche Engagement gibt – meines Wissens gibt es das in dieser Form in keinem anderen Bundesland; lediglich der Deutsche Bundestag hat einen, allerdings nur als Unterausschuss –, und zweitens, weil zum ersten Mal das Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“ in dieser Form politisch gewürdigt wird.

Gestatten Sie zunächst einen kleinen Rückblick. 1999 beauftragte der Deutsche Bundestag die Enquetekommission, sich mit dem Thema Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements zu befassen. Unter der Leitung des Abgeordneten Dr. Michael Bürsch entwickelte der Ausschuss in zwei Jahren Handlungsrichtlinien und Anregungen für konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht an materiellem Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland – ein langer Satz. Der aus den vielen Diskussionen und Gutachten entwickelte Bericht ist bis heute – und wird es wohl auch weiterhin sein – das Vademecum für die Arbeit aller im Ehrenamt engagierten Per-

sonen. Ich habe den Bericht mal mitgebracht, das hier ist er. Mit der Proklamation des Internationalen Jahres der Freiwilligkeit 2001 kam dann auch die Berliner Szene ins Spiel. Der Treffpunkt Hilfsbereitschaft, hier die Geschäftsführerin, wurde vom Senat von Berlin beauftragt, für die Koordination und die Entwicklung der gesamtstädtischen Netzwerkarbeit zu sorgen. – Alles Weitere werden die Damen sicherlich noch erklären und erzählen können. – In vielen Runden und mit über hundert Beteiligten wurden Rahmenbedingungen für die Arbeit von Ehrenamtlichen erarbeitet. Daraus entwickelte sich 2004 die Berliner Charta zum bürgerschaftlichen Engagement, die von Vertretern der Zivilgesellschaft, der Medien und der Politik unterzeichnet wurde.

Zwangsläufig entstand dann der Wunsch, nicht nur in zufälligen Runden zusammenzukommen, sondern ein Netzwerk des bürgerschaftlichen Engagements zu gründen. Am 22. Juni 2005 fanden sich 32 Vertreter von gemeinnützigen Organisationen zusammen und gründeten ein Netzwerk für das bürgerschaftliche Engagement. Heute besteht das Netzwerk aus über 80 Mitgliedern, 84 sind es genau, die aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft kommen. Neben Organisationen aus dem sozialen Bereich sind Organisationen aus der Selbsthilfe, Stiftungen, Hilfsorganisationen und sogar einige Unternehmen vertreten. Das in der Folge entwickelte Leitbild bestand und besteht noch heute aus sieben Punkten und beinhaltet die Förderung der aktiven Bürgergesellschaft, die Vernetzung des Engagements der Vereine und Organisationen, die Bündelung der Kräfte – ohne die Autonomie der Mitglieder infrage zu stellen –, die Einheitlichkeit in Konsenspunkten, die Lobbyarbeit für das bürgerschaftliche Engagement und die Verpflichtung, der Stimme des Landesnetzwerks in der Öffentlichkeit nachhaltig Gehör zu verschaffen und sich an politischen Prozessen zu beteiligen.

Damit sind wir beim eigentlichen Thema. „Perspektiven im bürgerschaftlichen Engagement in Berlin“ heißt ja wohl ein wenig Innenansicht – zumindest ist das meine Auslegung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es das ist, was Sie hören wollen, denn die Innenansicht von „aktiv in Berlin“ – Landesnetzwerk Bürgerengagement ist im Selbstverständnis, im Leitbild und letztlich auch in der Satzung nachzulesen und im Netz verankert. Perspektiven für bürgerschaftliches Engagement sind bereits vor einigen Jahren in vielen Diskussionsrunden von Mitgliedern des Landesnetzwerks entwickelt worden. Von daher ist ein wichtiger Wunsch des Landesnetzwerks bereits in Erfüllung gegangen. Für die Installierung des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement gebührt den Parlamentariern, die hier über die Grenzen einer Legislaturperiode gedacht haben, unser Dank.

Ein wichtiger Punkt ist der Kernsatz: Gutes Ehrenamt – und ich füge hinzu, gute Netzwerkarbeit – benötigt nicht nur aktiv engagierte Menschen, sondern auch eine ordnende Hand, will sagen, ein Hauptamt. Seit nunmehr zehn Jahren wird das Netzwerk Bürgerengagement Berlin von engagierten ehrenamtlich agierenden Menschen am Leben gehalten. Hätten wir nicht die großzügige Unterstützung des Vereins Die Hilfsbereitschaft e. V. – Treffpunkt Hilfsbereitschaft –, und besonders von deren Geschäftsführerin, wäre so manche Aktion, zumal die Mitgliederversammlungen, nicht durchführbar. Also, Perspektive Nummer 1: Unser Wunsch ist es, zumindest einen festen Stellenanteil durch das Land Berlin zu erhalten.

Viele Organisationen und Vereine klagen über zu viel bürokratischen Aktionismus. Wir reden an vielen Stellen von Nachhaltigkeit. Geht es aber darum, Engagement, das nicht vom Staat geleistet wird, auch nicht geleistet werden kann, zu verstetigen, müssen Formulare ohne Ende ausgefüllt werden. Auch die Laufzeit der Projekte ist meist zu kurz. Also – Perspektive

Nummer 2: Unser Wunsch ist es, als Ehrenamtliche weniger Bürokratie zu haben und dass die Laufzeit von bewilligten und als erfolgreich erkannten Projekten nicht nur drei Jahre beträgt. Das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend hat es uns in einem Fall bereits vorgemacht.

Wir hatten einmal in Berlin 26 Freiwilligenagenturen, die Ehrenamtliche weitervermittelten und dafür sorgten, dass diese auch entsprechend geschult wurden. Eine geringe Zahl hatte hauptamtliche Mitarbeiter, die meisten waren ehrenamtlich organisiert. Seit einiger Zeit macht sich die zu geringe Finanzierung dadurch bemerkbar, dass wir zurzeit nur noch zwölf Agenturen haben und einige davon nach wie vor unter prekärer Finanzierung leiden. Perspektive Nummer 3: Sicherung und Stärkung von Freiwilligenagenturen, zumal die Aufgabe nicht geringer geworden ist, wir haben es heute auch von beiden Staatssekretären gehört. Gerade in einer Zeit des massiven und massenhaften Zustroms von Menschen aus Krisenländern müssen Freiwilligenagenturen gesichert werden. Sie sind die einzigen Organisationen, die in der Lage sind, Ordnung und Struktur zu bringen und die Menschen, die helfen wollen, zielgerichtet einzusetzen.

Seit nunmehr acht Jahren organisiert die Landesfreiwilligenagentur Berlin zusammen mit dem Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“ die Berliner Freiwilligenbörsen im Roten Rathaus. Bisher leistete das Land Berlin durch Bereitstellung von Räumen im Rathaus einen wichtigen Anteil am Gelingen der Börse. Das soll – so die Aussage der Staatssekretärin, und wir haben es ja vorhin auch vernommen – auch so bleiben. Die weitere Finanzierung lief bisher über Mittel aus der EU, die notwendigen organisatorischen Arbeiten leisteten Ehrenamtliche, die sowohl von der Landesfreiwilligenagentur als auch von einigen Vereinen gestellt wurden. Um auch in Zukunft dieses einzigartige Event durchführen zu können, muss die Teilfinanzierung gesichert sein. Perspektive Nummer 4: Langfristige Sicherung der Finanzen durch Bereitstellung von projektbezogenen Mitteln.

Viele unserer Mitglieder sind nicht in der Lage, über Büroräume zu verfügen. Bei kleineren Initiativen wird die Arbeit von eigenen Wohnräumen aus durchgeführt. Räume für Besprechungen und Zusammenkünfte sind weitgehend nicht vorhanden. Perspektive Nummer 5: Ähnlich wie das Haus der Demokratie wäre ein zentrales Haus für das Netzwerk und die Netzwerk- und Engagementarbeit ein Wunsch. Sicherlich wird er das bleiben.

Anerkennung ist der Motor jeglichen Engagements. Nun gibt es im Land Berlin sowohl auf Landesebene als auch auf Bezirksebene bereits viele hervorragende Instrumente, um den Menschen, die sich freiwillig engagieren, Hochachtung zu bezeugen. Lediglich an manchen Stellschrauben muss sicherlich da noch mal gedreht werden. Perspektive Nummer 6: Das Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“ würde sich glücklich schätzen, wenn es in die Verfahren sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene eingebunden werden könnte. Mit über 10 000 Ehrenamtlichen in den Mitgliedsorganisationen – dabei ist der Landessportbund noch gar nicht erwähnt und einbezogen worden – hat das Landesnetzwerk einen umfassenden Überblick über die Engagementszene. Uns liegt sehr daran, dass Ordnung in das Verfahren kommt.

Als letzte und sicherlich zukunftsträchtige siebte Perspektive wünschen wir uns eine noch positivere Verortung des bürgerschaftlichen Engagements in unserem Land. Um Ehrenamt und Freiwilligkeit noch sichtbarer und politisch relevanter zu machen, können wir uns vor-

stellen, dass in Zukunft alles in einer Hand – könnte beim Regierenden Bürgermeister sein – verortet ist. Damit würden Wege einfacher gemacht werden und die Vielzahl der Ansprechpartner deutlich reduziert.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Dank sagen, Dank Ihnen als gewählten Vertretern des Volks, danke den Damen und Herren in der Senatskanzlei und im Sozialministerium und last but not least unserer Staatssekretärin Frau Dunger-Löper und dem Staatsekretär Gerstle, die Sie alle uns mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in unserer Arbeit unterstützen und fördern. Natürlich haben Sie alle erkannt, dass es in dieser Stadt nur eine Organisation gibt, die das bürgerschaftliche Engagement fördert und sichert, nämlich das Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“ und besonders für Berlin. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Schippel! – Helga Metzner, bitte!

Helga Metzner (Landesfreiwilligenagentur Berlin e. V.; Vorstand): Vielen Dank für die Einladung zu diesem bedeutenden Thema! Ich freue mich natürlich auch, dass wir die heutige Sitzung nutzen können, um die Stabilisierung und weitere Entwicklung der Berliner Engagementlandschaft mitzudiskutieren und vielleicht auch ein paar Anregungen geben zu können. Es ist gerade schon angesprochen worden: Diese Anhörung findet ja im Kontext durchaus beeindruckender Bewegung des bürgerschaftlichen Engagements statt, also nicht nur durch die Freiwilligenwoche, die Engagementwoche und das zehnjährige Jubiläum des Landesnetzwerks, das am kommenden Mittwoch gefeiert wird, es sind vor allen Dingen die Herausforderungen durch die vielfältigen Initiativen, Aktivitäten und überbordenden Bereitschaften des Engagements für die vielen Flüchtlinge, die hier täglich eintreffen. Gleichzeitig sind damit die Herausforderungen deutlich, der sich die gesamte Struktur der Engagemententwicklung stellen muss.

Frau Dunger-Löper! Sie haben das vorhin schon angesprochen unter der schönen Überschrift: Es geht um ein besseres Austarieren der Leistungen von Politik und Staat auf der einen und der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite. – Ich denke auch, dass das das zentrale Thema ist, möchte deswegen an Herrn Schippel anknüpfen – insofern ist es ganz gut, dass wir uns da ergänzen können – und noch einen etwas weitergehenden Vorschlag unterbreiten. Sie haben ja bisher als Abgeordnete dieses Ausschusses vielfältige Möglichkeiten genutzt, sich mit der hiesigen Engagementlandschaft auseinanderzusetzen und da auch schon sehr unterstützend gewirkt. Wenn es heute um die Perspektiven des Landesnetzwerks und auch der Charta geht, geht es ja vor allen Dingen um Orientierung und möglicherweise auch neue Orientierung, wie diese Landschaft weiter gestaltet und weiterentwickelt werden kann.

Am vergangenen Freitag hat Thomas Olk in seiner Rede zur Eröffnung der bundesweiten Engagementwoche nochmals eindringlich darauf hingewiesen, dass gerade angesichts der aktuellen Herausforderung die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements eine Gemeinschaftsaufgabe von Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft sei. Mehr denn je ist ja deutlich geworden: Engagement braucht Strukturen und verbindliche Rahmenbedingungen für den Dialog zwischen Politik und engagierter Bürgergesellschaft – über das hinaus, was bereits entwickelt ist.

Wie wichtig es ist, das Landesnetzwerk als zentralen Anker der hiesigen Engagementlandschaft zu stärken, haben Sie inzwischen ja vielfach erfahren. Herr Schippel hat das soeben

auch noch mal erläutert, und Frau Schaaf-Derichs hat die entsprechenden Forderungen konkretisiert, wie das Landesnetzwerk unserer Vorstellung nach gefördert werden soll. Darüber hinaus – das ist jetzt der Vorschlag – braucht Berlin eine Engagementförderung, die nachhaltig wirkt. Um eine nachhaltige Förderung zu bewirken, halten wir es für unverzichtbar, eine grundlegende Engagementstrategie für die Stadt zu entwickeln, für deren Entwicklung übrigens dann auch das Landesnetzwerk ein unverzichtbarer Partner wäre.

Warum Engagementstrategie? – Während die Charta zum bürgerschaftlichen Engagement ein wichtiger Baustein ist, um die Berliner Engagementlandschaft wahrnehmbar zu machen und vor allen Dingen zu stärken, zielt eine Engagementstrategie stärker auf die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Politik. Dabei geht es um verbindliche Strukturen und Regeln dieser Zusammenarbeit. Für kommunale Verwaltungen z. B. hieße das, zukünftig die Anregungen und Initiativen engagierter Bürgerinnen und Bürger stärker zu berücksichtigen und öffentliche Institutionen für zivilgesellschaftliches Engagement weiter zu öffnen. Wir erleben gerade – das ist vorhin ja das Thema gewesen, auf das Herr Gerstle eingegangen ist –, wie das Fehlen solcher verbindlichen Regeln die Hilfe für Flüchtlinge oft ungeheuer erschwert. Die große Bereitschaft engagierter Bürgerinnen und Bürger stößt immer wieder auf die Unfähigkeit der verschiedenen Institutionen, diese Ressource auch tatsächlich in Anspruch zu nehmen. Das gilt sowohl für die Aufnahmestelle in der Turmstraße wie auch für viele der Flüchtlingseinrichtungen. Frau Fidancan kann dazu einige abenteuerliche Geschichten erzählen, ich übrigens inzwischen auch.

Es ist wieder deutlich geworden: Um wirksam helfen zu können, braucht es eben nicht nur engagierte Menschen, sondern zwischen Zivilgesellschaft und Kommune abgestimmte Maßnahmen. Gegenwärtig hieße das zum Beispiel für alle Flüchtlingseinrichtungen, die vielen zusätzlichen Hilfsangebote der Bürgerinnen und Bürger durch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantwortlich zu organisieren. Die Caritas hat als erstes Mitglied des Landesnetzwerks einen entsprechenden Personalschlüssel für das Management von Freiwilligen in den Caritas-Einrichtungen verankert und damit einen Weg aufgezeigt, der hoffentlich auch für andere Träger demnächst gilt. Um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden, sind also – wie das Thomas Olk auch mehrfach in seinem Beitrag genannt hat – abgestimmte Maßnahmen erforderlich und darüber hinaus eine Gesamtstrategie für die Stadt, die verbindliche Regeln der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Kommune definiert, öffentliche Institutionen für engagierte Bürgerinnen und Bürger öffnet und vielleicht auch so etwas wie einen Mentalitätswechsel in den verschiedenen Institutionen und Verwaltungen einleitet.

Die Stadt Hamburg könnte dazu Anregungen liefern. Sie hat im Juli letzten Jahres die – in Anführungsstrichen – Hamburger Strategie für freiwilliges Engagement 2020 verabschiedet und damit, wie ich finde, ziemlich gute Impulse für die Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements gegeben. Diese Engagementstrategie 2020 entstand im Rahmen eines breit angelegten Beteiligungsprozesses unter Mitwirkung des Hamburger Landesnetzwerks, aber auch von Vereinen, Stiftungen und nicht organisierten Einzelpersonen. Schwerpunkt des Prozesses war die Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen, die nun im Dialog von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat verbindlich umgesetzt werden. Umsetzung heißt: Es sind nicht nur neue Freiwilligenagenturen geschaffen worden, sondern vor allen Dingen ist ein Engagementforum geschaffen worden, das als Beratungsgremium zur Umsetzung der Engagementstrategie fungiert und verbindliche verwaltungsübergreifende Kooperationsrichtlinien entwickelt.

Es wäre schön, wenn die Hamburger Erfahrungen Sie im Ausschuss und überhaupt die Berliner Politik ein bisschen dazu anregen könnten, einen solchen Prozess auch in Berlin zu initiieren. Das Landesnetzwerk wäre natürlich ein durchaus kompetenter Partner und hat seine Bereitschaft in verschiedenen Zusammenhängen zur Entwicklung einer Engagementstrategie auch schon erklärt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Frau Schaaf-Derichs!

Carola Schaaf-Derichs (Geschäftsführerin der Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V.): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete des Ausschusses! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, hier auch noch in dritter Position beitragen zu dürfen, und ich hoffe, dass wir jetzt keine allzu großen Echoeffekte an einigen Punkten zeitigen. Es wird aber wahrscheinlich nötig sein, dass ich noch mal einige Punkte meiner beiden Voredner mit aufgreifen sollte. Ich freue mich sehr, dass die Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement hier Gegenstand einer Reflexion ist – so verstehe ich diesen Punkt –, und ich darf sagen, das habe ich auch mit dem Hinweis auf meine Publikation schon vor etlichen Jahren bei dem Wegweiser Bürgergesellschaft der Stiftung Mitarbeit noch mal unterstreichen können: Sie ist in ihrer Art einzigartig. Sie haben es hier in Berlin, ich sage das jetzt mal aus meiner mittlerweile 22-jährigen Erfahrung, mit einer sehr selbstbewussten, aber auch mit einer sehr konstruktiven Bürgergesellschaft zu tun. Und das ist etwas, was ich als allerersten

wertschöpfenden Punkt auf der großen Agenda unseres Zusammenlebens hier festhalten möchte.

Diese Charta ist an den Runden Tischen entstanden. Es gibt diese Dialogform ja schon seit dem Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001. Hier ging es generell mit der Forderung der von uns damals zusammengeföhrten Bürgergesellschaft los. Es sollten einfach werbliche Dinge im Internationalen Jahr passieren, aber – weit gefehlt. Die Bürgergesellschaft hat gesagt, wir brauchen eine Form, wie wir zusammenkommen, wir brauchen eine dialogische Auseinandersetzung mit der Politik. Das war der Ursprung auch der Runden Tische. Dieses Format ist, glaube ich, hier von einigen aus der Runde, die dankenswerterweise Patenschaften über all die Jahre übernommen haben – Herr Lehmann, weiß ich zum Beispiel, und Frau Radziwill werde ich nachher an der Stelle noch gerne erwähnen wollen – Sie wissen ganz genau Bescheid. Wir haben das so angelegt, dass die Diskussionen hier im Hause stattfinden konnten, dass es Abgeordnete waren, die eine Themenpatenschaft übernommen haben und tatsächlich eine, ich glaube, auch bundesweit bisher nicht dagewesene Form der direkten Auseinandersetzung zwischen Menschen aus der lebendigen bürgergesellschaftlichen Praxis und den Politikerinnen und Politikern stattfinden konnte.

Gestärkt von dieser Erfahrung haben wir dann im Jahr 2003 gesagt, wir möchten eigentlich ein paar Grundwerte festhalten. Auch das halte ich nicht für selbstverständlich. Und jetzt darf ich Frau Radziwill noch mal außerordentlich hervorheben, denn sie war eine der Patinnen, an deren Rundem Tisch es sozusagen zu dieser Willensbildung kam. Bis heute sind wir Ihnen sehr verbunden, Frau Radziwill, dass Sie uns eineinhalb Jahre – so lange hat der Grundwertentwicklungsprozess gedauert – den Backbone, wie man so schön sagt, die Rückenstärkung gegeben haben. Wir haben dieses Werk nach eineinhalb Jahren mit insgesamt 150 beteiligten Organisationen und mit Ausfächerung all dessen, was damals wichtig erschien, verfasst. Es ist also wieder ein Komprimat, es ist sehr viel Expertise eingeflossen. Menschen, die auch vorher schon Memoranden und Ähnliches geschrieben haben, haben uns hier noch mal unterstützt, um wirklich die Kernpunkte eines Selbstverständnisses und einer Selbstverpflichtung im Sinne einer Charta festzuhalten.

Ich darf jetzt noch wesentliche Punkte hervorheben und würde an der Stelle gleich noch mal andocken, denn mein Punkt heißt Rückschau und Perspektive, und alles, was in der Vergangenheit war, hängt, glaube ich, schon auch mit der Aktualität zusammen. Ihnen liegt der Text vor. Ich will nur wenige Punkte noch mal herausholen. Als Punkt 2 ist ganz wichtig – der aktive persönliche Beitrag. Ich werde es nicht vergessen, wie sehr den Menschen daran lag, diese Stadt mitgestalten zu können, und ich freue mich sehr, dass wir Instrumente, die die Beauftragte Frau Dunger-Löper eben schon vorgestellt hat, wie „meinBerlin“, aber wahrscheinlich auch noch anderes in Anspruch nehmen können. Also, hier ist eine große Anforderung zur Mitgestaltung und auch zum Einbringen eigener Fähigkeiten und eigener Vorstellungen.

Als Punkt 3 ist so etwas vorformuliert, was wir heute vielleicht Beteiligung von allen Menschen aus der gesellschaftlichen Vielfalt nennen würden. Und wenn wir jetzt gerade an die momentane Situation denken: Ich bin mir ganz sicher, dass diese Menschen auf dem Campus beim LAGeSo vor allem eins lernen, wie vielfältig die Menschen sind, mit denen sie zu tun haben und wie sehr es uns auch fordern wird – das ist jetzt an der Stelle meine persönliche Prognose –, mit Diversity, mit gesellschaftlicher Vielfalt umzugehen. Wir werden wahr-

scheinlich diese Entwicklung, die das Land insgesamt jetzt gerade durchläuft und an der gerade die engagierten Bürgerinnen und Bürger massiv Anteil haben, immer weiter tragen müssen, auch als Agenda. Es ist eine Einschätzung, die ich aufgrund der damals schon sehrisch formulierten und auch schon erfahrenen Forderung 3 – wir fördern Partizipation, Integration und Eigenverantwortung aller in Berlin lebenden Menschen –, dass dieser Aspekt jetzt auch sehr stark nach vorne drängt und wir über ein Diversity-Learning immer wieder reden müssen. Das ist auch schon etwas: Wir werden sehen, dass nicht alles aus der Ehrenamtlichkeit, aus dem Freiwilligenengagement selbst heraus zu tragen ist; auch hier sind bereits Rahmenbedingungen vonnöten.

Ich komme zum größten Punkt, das war natürlich auch ein hart ausgehandelter: Was fordern wir im Kern, damit sich Bürgergesellschaft als eine Form einer selbst weitertragenden gesellschaftlichen Ebene und einer demokratieförderlichen Art des Zusammenlebens voranträgt? Hier wurden jetzt natürlich schon eine ganze Menge Dinge umgesetzt. Im Bereich des Versicherungsschutzes gab es eine Landesversicherung durch das Land Berlin. Der Auslagenerlass – darüber möchte ich heute nicht in extenso sprechen – ist im Laufe der Jahre extrem zurückgegangen und wird auch schon seit Langem nicht mehr für alle Engagierten vorgehalten. Dies ist nach wie vor eine Forderung. Das ist ein offener Posten, über den man sicher immer wieder vor dem Hintergrund einzelner Lebenszusammenhänge reden muss. – Fortbildungsangebote: Hier würde ich sogar sagen, gerade das ist eigentlich ein Stoff, aus dem die Zukunft besteht. Wir haben selber die Erfahrung machen dürfen – es wurde über die durchaus schlechte Situation der meisten Freiwilligenagenturen in Berlin ja bereits berichtet. Daran ist leider nichts zu beschönigen. Es war der Versuch unternommen worden, ob ihnen ESF-Gelder und EFRE-Gelder helfen könnten, aber jede Förderperiode hat ein Ende, und wir sehen jetzt gerade ein großes Sterben. Herr Schippel hat darauf hingewiesen. Wir als Landesfreiwilligenagentur haben in den letzten drei Jahren eine Qualifizierungsoffensive für Freiwilligenagenturen durchführen können. Das hat zum Thema „gesellschaftliche Vielfalt“ gezeigt, dass hier eine Menge gelernt werden konnte. Aber im Grunde genommen brauchen wir Fortbildungsangebote jetzt auch noch stärker für Menschen, die ins Engagement hineindrängen.

Wir hatten vorher ein kurzes Gespräch über das Thema: Wann „verbrennen“ Ehrenamtliche an der Größe der Arbeit, an der Größe der Herausforderung? Sich jetzt mit Menschen zum Beispiel in der Fluchtsituation zu beschäftigen, die traumatisiert sind, ist in der Regel eine sehr voraussetzungsvolle, eine hochprofessionelle Tätigkeit. Wenn wir hier kein Burnout in der Engagementszene provozieren wollen, denke ich, ist Fortbildung etwas ganz wichtiges. Und ich sage nur: Die Landesfreiwilligenagentur steht für solche Vorschläge und Ideen bereit, aber das wäre jetzt eine Rahmenbedingung für meine Begriffe, die wir fortsetzen sollten.

Zur Einführung und Begleitung von bürgerschaftlich Engagierten: Es gibt unglaublich viele Modelle, aber vor allem wären Patenschaften von jungen und gestandenen Engagierten wichtig genauso wie – die Schweizer nennen das – Vorbereitungskurse. Solche Maßnahmen hielte ich zunehmend für notwendig, weil sich die Felder des Engagements ausdehnen.

Die Anerkennungskultur haben wir untersucht. Es ist vor allem die öffentliche Würdigung, die die meisten Menschen wünschen, und ich glaube, da sind wir sicher gut unterwegs, wenn wir noch weitere Instrumente oder Möglichkeiten entwickeln würden.

Ich komme zum Kulminationspunkt und möchte ein Zitat von Frau Radziwill aus dem Jahr 2010 vorlesen. Sie hatte das noch mal in Reflexion zu zehn Jahren Runde Tische zusammengetragen. Das war am 4. Oktober 2010, der Runde Tisch zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement und seine Infrastrukturen“, und das ist der Punkt 5, die Unterstützungsstrukturen:

Freiwilliges Engagement,

– so sagte Frau Radziwill damals –

so kann auch dieser Runde Tisch – sicher verkürzt – in seinen Aussagen zusammengefasst werden, steht vor neuen herausfordernden Aufgaben. Sie können vielleicht als ein äußerst aufwändiges, voraussetzungsvolles Schnittstellenmanagement zwischen den diversen Anforderungen und den vielfältigen Möglichkeiten Bürgerschaftlichen Engagements in Zeiten raschen demografischen Wandels beschrieben werden. Die vorhandenen Infrastrukturen sind dafür eine Voraussetzung. Sie müssen aber offensichtlich gestärkt und ermächtigt werden, mit diesen Aufgaben umzugehen, auch auf neue Weisen.

An diesem Satz, liebe Frau Radziwill, würde ich nichts verändern. Ich würde ihn dreifach unterstreichen. Ich würde sagen, im Sinne einer Engagementstrategie und im Sinne einer vernetzter Zusammenarbeit brauchen wir – auch gerade an der Schnittstelle zu den staatlichen Akteurinnen und Akteuren – auf der Senats- und der Bezirksebene noch wesentlich mehr Schnittstellenmanagement. Das eine, was ich gleich festhalten möchte, ist das Freiwilligenmanagement in den Einrichtungen, aber auch im öffentlichen Raum. Baden-Württemberg hat etwas entwickelt, wie man jetzt auch im öffentlichen Raum eine Art von Beratung für Menschen unterwegs im Engagement ermöglichen kann. Und natürlich brauchen wir auf alle Fälle die Idee, dass es starke Knotenpunkte in einer engagierten Bürgergesellschaft gibt. Aus meiner Sicht wären die Freiwilligenagenturen die starken Knotenpunkte, die beratend und als Informationslieferanten tätig werden und die Möglichkeit haben, dass sie sich vernetzen und anders aufstellen.

Wir als Landesfreiwilligenagentur betreiben seit über zehn Jahren – wenn wir den Arbeitskreis Freiwilliges Engagement noch dazurechnen, fünfzehn Jahren – ehrenamtlich die Geschäftsfunktion, die Koordination für das Landesnetzwerk und sind jetzt auch stärker in die Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen – der fachlichen Unterstützung, wenn man so will – eingestiegen, weil sonst auch diese enorme Schwierigkeiten hätte. Wenn Sie in andere Bundesländer schauen, gibt es hierzu Förderpolitiken, die insgesamt im Rahmen einer Engagementstrategie einen ausgesprochen gedeihlichen Output im Sinne von mehr Professionalität liefern – das ist für mich ein weiterer Forderungspunkt –, aber auch ein wertorientiertes Management. Dem muss man auf alle Fälle den Boden bereiten.

Ich möchte an der Stelle schließen und sagen, nehmen Sie noch mal den letzten Punkt dieser Charta:

Die Unterzeichner sehen Bürgerschaftliches Engagement als eine wertvolle gesellschaftliche Kraft, die soziale Werte schafft.

Das wäre für mich eigentlich das Kriterium, an dem wir auch künftig durch Engagementbilanzen oder andere Formen der Zusammenarbeit jährlich gemeinsam sitzen und schauen könnten: Was haben wir denn für bürgerschaftlich Engagierte hier in der Stadt geleistet? – Ich denke, dass man sowohl das, was in der öffentlichen Hand, als auch das, was in der Zivilgesellschaft entstanden ist, sehr gut miteinander ins Gespräch bringen und noch stärker strategisch ausrichten könnte.

Der allerletzte Punkt ist nur der Hinweis: Die Bürgergesellschaft Berlin hat nicht aufgehört zu denken und zu planen. Frau Dunger-Löper weiß um dieses Werk Bescheid. Vor zweieinhalb Jahren wurde das Landesnetzwerk gebeten, zum Thema Bildung und bürgerschaftliches Engagement eine weitere Charta zu schaffen. Die Chartas sind meines Erachtens Impulse. Sie sollen Bewegung in eine Landschaft bringen, in der die Bürgergesellschaft die Bewegung nicht mehr wahrnimmt, sie aber dringend erfordert, und insofern möchte ich mit diesem Hinweis auf das neue Impulspapier zum Thema Bildung gerne schließen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Frau Schaaf-Derichs! – Ich möchte nun Frau Staatssekretärin Dunger-Löper das Wort und die Möglichkeit für eine Stellungnahme des Senats geben.

Staatssekretärin Hella Dunger-Löper (SKzL): Vielen Dank! – Meine Damen und Herren! Frau Vorsitzende! Wir haben heute auf der Tagesordnung zwei Aspekte, einerseits zehn Jahre Bürgernetzwerk an dieser Stelle und auf der anderen Seite die Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement. Es ist sicherlich sinnvoll, nach zehn Jahren zu resümieren, und das haben Sie auch ganz intensiv getan. Von meiner Seite her möchte ich Ihnen zu Ihrer Arbeit gratulieren. Sie haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass das, was auf Bundesebene im Zusammenhang mit der Enquetekommission zum bürgerschaftlichen Engagement ausgearbeitet worden ist, auch seinen Einfluss in Berlin gefunden hat und dort zu einer ersten Organisationsumsetzung geführt hat. Insofern, denke ich, ist auch die Aktivität, die Sie über Jahre gezeigt haben, hier im Abgeordnetenhaus angekommen und hat dann auch dazu geführt, dass noch in stärkerem Maße die Politik – und zwar nicht nur die Exekutive, sondern auch die Legislative – sich diesem Thema stellt, und deswegen sitzen wir heute hier in dem Ausschuss. Ich glaube, das können Sie sich durchaus auch mit auf die Fahne schreiben. Sie haben es ja auch über lange Jahre hin gefordert. Das Landesnetzwerk hat hier einen ganz wichtigen Meilenstein in der Berliner Engagementlandschaft erarbeitet und hat mit der Ausarbeitung der Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement schon vor mehr als zehn Jahren das formuliert, was für die weiteren Jahre eine wesentliche Rolle gespielt hat.

Sie haben es eben schon gesagt, Frau Schaaf-Derichs, einiges davon – wie zum Beispiel der Versicherungsschutz – ist schon komplett umgesetzt worden, einige andere Aspekte lassen sich nicht so leicht umsetzen, weil sie jeweils unter ganz unterschiedlichen Rahmenbedingungen stattfinden – wie die Auslagenerstattung und die Fahrkosten, die ja auch einen erheblichen finanziellen Batzen darstellen, wenn man sie angeht. Bei den Fortbildungsangeboten und der Anerkennungskultur, denke ich, sind wir schon weite Schritte vorangekommen.

Ich glaube allerdings – um noch mal auf unsere aktuelle Situation zu rekurrieren –, dass wir hier sehen, dass sich eine unglaubliche Aktivität bürgerschaftlichen Engagements darstellt und auch selbst organisiert. Das sieht man immer mehr. Wir sehen immer mehr Internetseiten und Ähnliches. Manchmal, glaube ich, zu viel, weil es vieles von dem schon gibt, was dann

noch mal neu aufgelegt wird, aber das gehört wahrscheinlich dazu. Aber ich glaube, dass die Teilung zwischen dem, was die Zivilgesellschaft selbst organisieren kann und was staatlicherseits unterstützt werden muss, auch hier wieder darin bestehen wird, eine gewisse Kontinuität sicherzustellen. Und das wird wesentlich durch das Thema Fortbildung geleistet: Angebote an sich Engagierende zu machen, hier auch in Zukunft – und zwar nachhaltig, langfristig, nicht nur über den nächsten Winter – Integration zu leben. Das wird eine wesentliche Aufgabe sein. Und ich glaube, da werden wir auch gemeinsam einiges bewegen.

Die Anerkennungskultur ist ein Punkt, den man, glaube ich, nie voll erfüllen kann, der immer weiter entwicklungsfähig ist. Aber auch hier haben wir schon einige Schritte unternommen und einige Ziele erreicht, auch mit der Ehrenamtskarte, die wir gerade überarbeiten.

Der Berliner Senat hat eine Strategie für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements formuliert – es wird hier auch so benannt –, und zwar im Jahre 2009. Da sind wesentliche Elemente zusammengefasst, und ganz wesentlich ist auch die Multisektorallität, zumindest die Trisektorallität, die die Bürgergesellschaft kennzeichnen soll. Nun ist die Formulierung einer Strategie das eine – und deswegen bin ich ganz vorsichtig an der Stelle mit dem Wort Strategie, weil es in den letzten Jahren etwas arg häufig benutzt worden ist –, die Umsetzung ist das andere. Wir haben zum Beispiel – Sie haben Hamburg angeführt –, was die Präsenz verschiedener Sektoren, was das bürgerschaftliche Engagement in der Stadt angeht, durchaus noch nicht das Gleichgewicht wie andere Landschaften erreicht. Ich nehme noch mal Hamburg. Man kann das an der Präsenz der Wirtschaft in diesem Bereich sehen. Das ist natürlich eine kompetente Kraft, die hier zu benennen ist. Und ich glaube, deswegen müssen wir jetzt diese Strategie – ob Sie sie jetzt nun noch mal einfordern oder ob wir sie vielleicht auch etwas bescheidener nennen – auch mit Leben erfüllen in der Form, dass wir diese Multisektorallität auch tatsächlich zum Tragen bringen. Das ist der Ansatz, mit dem wir jetzt auch das Verfahren, was ich vorhin geschildert habe, ein bisschen vorantreiben wollen.

Ich denke, das Landesnetzwerk ist dazu ein unverzichtbarer Bestandteil, der wichtige Ideen in die Stadt hineingebracht hat, ohne die es auch hier tatsächlich gar nicht zur Auseinandersetzung mit diesen Ideen zur Wahrnehmung des Themas bürgerschaftliches Engagement in der Form, wie es bisher schon passiert ist, gekommen wäre. Insofern, denke ich, dass wir weiter in dieser Form zusammenarbeiten und versuchen sollten, uns gegenseitig dabei zu unterstützen, die Verbreiterung des Spektrums von bürgerschaftlichem Engagement noch in stärkerem Maße ins Auge zu fassen und gleichzeitig auch öffentlich zu machen und damit das Thema Vielfalt, was gerade für unsere Stadt von besonderer Bedeutung ist, wahrnehmbar zu machen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eine ein bisschen flapsige Bemerkung machen: Ich glaube, dass bürgerschaftliches Engagement etwas ist, das gekennzeichnet ist durch Selbstorganisation. Und Selbstorganisation ist etwas, was, sagen wir mal, einer verwaltungsmäßigen Organisation in Teilen durchaus widerspricht. Wenn ich Ansätze höre, wie sie zum Teil auch hier schon in Anhörungen vorgetragen worden sind, wie die „Engagementverträglichkeitsprüfung“ oder Ähnliches, dann betrachte ich das ein bisschen als einen Irrweg. Wir müssen uns dem Phänomen als solches noch mal nähern, damit wir nicht Strukturen aufbauen, die der Sache an sich widersprechen. Insofern sind wir vielleicht im Augenblick auch in einer ganz besonders günstigen Situation, weil eben durch das Engagement, das sich in den letzten Wochen und Monaten gezeigt hat, deutlich geworden ist: Hier ist noch sehr viel mehr, als wir bisher gesehen haben. Wenn wir das mit in Betracht ziehen und in adäquater Weise in unseren

Strukturen abbilden, kommen wir weiter, als wenn wir an dieser Stelle in verwaltungsmäßigen Denkarten des letzten Jahrzehnts verharren.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Frau Dunger-Löper! – Dann gehen wir in die Aussprache. Ich habe auf meiner Liste schon Herrn Schweikhardt, Herrn Lehmann und Frau Radziwill. – Notker Schweikhardt, bitte!

Notker Schweikhardt (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Zunächst mal gilt der Dank natürlich Ihnen. Nicht nur, weil Sie uns heute Rede und Antwort stehen, sondern auch, weil Sie den undankbarsten Teil übernommen haben. Sie bekommen nicht nur das direkte Feedback der Helfenden oder derer, denen geholfen wird, sondern Sie organisieren das darüber hinaus. Und wir alle, die wir mit Organisation zu tun haben, wissen, wie mühsam und undankbar das ist. Also: Hut ab! Das finde ich ganz wichtig – und gerade in der aktuellen Situation. Ich war selbst vor drei Tagen in einer Notunterkunft, da wimmelte es von Ehrenamtlichen. Die haben sich da, wie ich finde, sehr professionell bewegt, das war sehr organisiert. Ich war positiv beeindruckt. Dahn geht auch meine Frage. Sie haben es selbst erwähnt, Frau Schaaf-Derichs, momentan ist quasi so eine Welle zu spüren. Ob das auf der Homepage ist, wo sich auf einmal Hundertausende reinklicken, oder ob es Leute sind, die sich engagieren wollen: Inwieweit wird das zu einer Konkurrenz für den bisherigen Alltag? Inwieweit lässt sich das steuern? Kannibalisiert sich das ein Stück weit mit den Sportvereinen, mit den anderen, oder kommt das „on top“ und ist quasi etwas, wovon man vielleicht auch später noch langfristig zehren kann?

Darüber hinaus: Das Verhältnis zwischen diesen verschiedenen Geschichten – ich finde es ganz spannend, dass so etwas, wenn man es mit der „Guten Tat“ zusammenpackt, auf einmal einen viel höheren Impact hat. Gibt es noch mehr Möglichkeiten, zusammen zu agieren? Die Frage geht eigentlich an beide Seiten, was sie sich gegenseitig voneinander wünschen, wie das Verhältnis zueinander ist, wo man noch mehr tun kann. – Was für Wünsche haben Sie an das Netzwerk und an die Agenturen? Das fände ich auch ganz spannend.

Last but not least: Wir sind gerade in den Haushaltsberatungen. Könnten Sie das konkretisieren? Können Sie priorisieren und sagen, ein Haus ist vielleicht in ferner Zukunft, aber was ganz dringend passieren muss, ist das und das? Denn noch ist da vielleicht etwas zu machen. Das würde mich sehr interessieren. – Danke!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Herr Lehmann!

Rainer-Michael Lehmann (SPD): Danke schön! – Auch von mir erst mal herzlichen Dank für die Beiträge. Meine Kollegin und ich legen Wert darauf, dass das nicht dem Alter entsprechend ist, aber wir sind in der Tat Dinosaurier und haben die Prozesse von Anfang an begleiten dürfen. Da muss man einfach sagen, wenn man das noch mal Revue passieren lässt, so, wie Sie das auch gesagt haben: Das ist für die Stadt schon wirklich ein großer Erfolg – beide Sachen. Alleine die Charta – da denke ich noch an die Erstunterzeichnerveranstaltung, die es damals gab. Wenn man sich die Berliner Charta heute anschaut und die ganzen Punkte durchgeht, zeigt sich: Die ist genauso aktuell wie damals. Da sieht man schon, dass das wirklich eine wegweisende Geschichte war und ist.

Beim Landesnetzwerk verhält es sich ähnlich. Wenn ich mir betrachte, wie viele Vereine und Verbände damals am Anfang mitgemacht haben und wie viele das heute schon sind, dann die gesamte Entwicklung nicht nur der Gesellschaft Berlins, sondern auch der Aktiven im Besonderen, und deshalb ist es so wichtig, dass es beide Dinge gibt und dass beide Dinge eben auch weiterlaufen.

Trotzdem muss man natürlich auch mal gucken, wie das im Gesamten an dieser Stelle weitergeht. Wichtig war ja schon mal – Herr Schippel hat es vorhin auch gesagt –, dass dieser Ausschuss auf den Weg gebracht werden konnte. Aber natürlich ist es nicht so, dass es den Ausschuss um seiner selbst willen geben kann und darf, sondern hier muss überlegt werden, wie man auch die Ausschussarbeit gemeinsam mit Ihnen weiterhin aufstellt.

Deshalb finde ich es im Nachgang gut, dass wir ein Wortprotokoll haben – weil ich vorhin erst überlegt habe: Ein Wortprotokoll braucht man doch eigentlich nicht. – Nein, das braucht man doch, weil man so die Forderungen, die man eigentlich kennt und über die man doch immer wieder im Gespräch ist, noch mal nachlesen und nachvollziehen kann und dementsprechend das eine oder andere auch noch mal als Denkanstoß hat. Ein Denkanstoß sollte das, wie gesagt, auch für unseren Ausschuss sein. Da man muss natürlich auch perspektivisch weiter gucken. Es war, wie gesagt, ein ganz entscheidender Schritt, diesen Ausschuss ins Leben zu rufen, aber trotzdem muss man überlegen, wie es weitergeht. Man kann mal ein bisschen visionär sein und über Wahlperioden hinaus denken. Das sollte man tun, und ich bin der Meinung, dass man in der nächsten Wahlperiode überlegen müsste, wenn es den Ausschuss nun gibt, wie er zukünftig ausgestattet wird. Ich denke, es ist ganz wichtig, auch mal über eine finanzielle Ausstattung nachzudenken, um das eine oder andere tun zu können. Aber, wie gesagt, das ist erst der Schritt danach. Die anderen Punkte haben wir jetzt erst einmal.

Was wir jetzt machen wollen: Wir haben in den laufenden Haushaltsberatungen in den anderen Fachausschüssen abgefragt, wie denn das bürgerschaftliche Engagement ist, und warten jetzt auf die Berichte. Ich denke, das ist eine wichtige Ausgangsbasis, um noch mal in den einzelnen Fachbereichen zu gucken, wo überall bürgerschaftliches Engagement stattfindet und wie es dort abgebildet wird, auch im finanziellen Bereich. Da muss man dann mal gucken. Das ist vielleicht eine wichtige Voraussetzung, um zukünftig auch mal zu sehen, wie man das dann – Ich weiß nicht, ob wir das mit so einer Gesamtbündelung hinkriegen, weil bürgerschaftliches Engagement zwar auf der einen Seite ein Querschnittsthema ist, aber das ist natürlich sehr vielschichtig und deshalb in den einzelnen Senatsverwaltungen abgebildet. Da muss man einfach mal gucken, aber ich denke, das ist schon mal ein wichtiger Punkt, um sich mal das eine oder andere langfristig anzuschauen. – Das war vielleicht nicht direkt eine Frage an Sie, aber ich wollte das eine oder andere perspektivisch darstellen. – Danke schön!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Lehmann! – Frau Radziwill!

Ülker Radziwill (SPD): Vielen Dank auch von meiner Seite! Vielen Dank auch für die bisherige gute Zusammenarbeit und für das noch mal in Erinnerungbringen dessen, was wir vor über zehn Jahren begonnen haben. Das waren in der Tat sehr spannende Zeiten. Ich will versuchen, es noch mal ins Gedächtnis zu holen. Damals, 2002, haben wir ganz massiv darüber nachgedacht, wo wir einsparen können und müssen, wo der Staat nicht mehr in der Lage ist, Dinge, die wichtig sind, zu organisieren. Wir haben diese Debatte unter einer sehr enormen Problematik der finanziellen Situation der Stadt geführt. Deswegen ist dieser Punkt 7 so reingekommen, wie er reingekommen ist. Wir haben in der Charta klargemacht, dass das Ehrenamt, das bürgerschaftliche Engagement nicht als Lückenfüller für reduzierte sozialstaatliche Leistungen missbraucht werden darf. Ich denke, daran haben wir uns insgesamt gehalten und konnten trotz der sehr schwierigen Haushaltssituation, die wir zu dem Zeitpunkt hatten, sehr wohl herausarbeiten, dass das ehrenamtliche Engagement für andere und auch für sich selbst ein Wert an sich ist, dass Ehrenamt ein Kitt in der Gesellschaft ist, egal, wie reich oder wie arm eine Gesellschaft finanziell dasteht.

Meinen Kollegen Herrn Lehmann kann ich nur unterstützen. Ich habe mir auch noch mal die Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement durchgelesen, auch für die heutige Vorbereitung, und ich finde, dass sie nach wie vor enorme Gültigkeiten hat. Ich könnte sie praktisch weiter fortführen – auf ins nächste Jahrzehnt! Natürlich müssen wir aber auch überlegen,

was wir noch an Weiterentwicklungen machen können. Ich freue mich außerordentlich, dass auch in der Senatskanzlei in der Hinsicht sehr aktiv gearbeitet wird. Dort ist schon vor einigen Monaten ein Prozess in die Richtung in Gang gesetzt worden, dass gemeinsam mit vielen Akteuren in dieser Stadt überlegt wird, wie man diese Weiterentwicklung gemeinsam organisieren kann. Ich halte das für Berlin als eine Bürgerstadt für enorm wichtig. Wir sind eine sehr aktive, sehr selbstbewusste Bürgerschaft, und ich finde, dass wir nicht nur selbstbewusst sind, sondern dass wir auch – Sie hatten es, glaube ich, Selbstverpflichtung genannt – eine sehr hohe Verpflichtung an uns selbst stellen und sagen: Wir haben hier eine Verantwortung. – Das zeigt sich sehr wohl beim aktuellen Engagement im Bereich Flüchtlingspolitik. Aber ich will klarmachen, dass das Engagement der Berliner und Berlinerinnen eben nicht nur dort liegt.

Es ist momentan extrem überwältigend. Gerade zum Beispiel in meinem Bezirk, Charlottenburg-Wilmersdorf, ist es fantastisch, wie viel Engagement dort vorhanden ist, wie gern die Leute helfen, wie sie anpacken und wie viel Motivation sie mitbringen. Ich glaube auch, dass das noch eine Weile anhalten wird, ich bin da sehr zuversichtlich, zumindest was meinen Bezirk angeht. Wir müssen uns, denke ich, aber immer wieder vor Augen halten, dass das Engagement der Berliner und Berlinerinnen auch in vielen anderen Bereichen enorm stark ist, im Bereich der Pflege zum Beispiel. Wir haben einen demografischen Wandel. Trotz wachsender Stadt werden wir älter, und wir müssen immer noch überlegen, wie wir unsere Gesellschaft vor dem Hintergrund gestalten, dass wir mehr werden, dass wir vielfältiger werden, dass wir viel individueller werden, was ja auch völlig in Ordnung ist. Deshalb der Begriff – Sie haben es auf den Punkt gebracht, Frau Schaaf-Derichs – Diversity, gesellschaftliche Vielfalt, und die Frage: Wie gehen wir damit um? Das war auch Thema unserer Debatten damals, und ich kann mich noch erinnern – wenn ich das hier noch einpflegen darf –, dass wir zum Beispiel darüber nachgedacht haben, wie wir das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund – ich sage es mal in Gänsefüßchen – abrufen können. Ich sage es bewusst in Gänsefüßchen, weil wir sie häufig nach unseren, nach uns bekannten Kriterien gemessen haben. In einer vielfältigen Gesellschaft muss man aber überlegen, ob man die Dinge nur nach einem Schema F messen kann oder ob man vielleicht die Formen, die wir bisher kennen, weiterentwickeln muss. Ich sage sehr mutig: Ja, wir müssen sie weiterentwickeln, und auch das Engagement ist vielfältig und sehr individuell.

Damals – Frau Dunger-Löper hat es auch dargestellt –, als die Enquetekommission auf der Bundesebene 2002, glaube ich, einen sehr dicken Wälzer herausgebracht hat, lief ich als junge Abgeordnete eine Zeit lang mit diesem Wälzer durch die Gegend, weil ich es so faszinierend fand. Wenn wir dort etwas bewegen und verändern wollen, müssen wir davon einiges kennen, und einer der Kernpunkte war: Wenn man mehr Ehrenamtliche organisieren und engagieren will, dann muss man sie auch anleiten, ihnen professionelle Begleitung zur Seite stellen. Sehr wohl glaube ich aber, dass man gerade und auch in so einer Bürgerschaft wie Berlin nicht alles in ein Schema F pressen kann, sondern sehr wohl Freiheiten lassen muss, damit es sich aus sich heraus, weil es auch Spaß macht, entwickeln kann. Diese Balance ist zu finden: professionalisieren, begleiten – ja, aber bitte, in den Maßen, wie die Menschen es wollen oder brauchen. Ein paar brauchen mehr, andere weniger. Diese Flexibilität muss zusätzlich mitwachsen. Das sind die nächsten Herausforderungen bei der Weiterentwicklung der Charta des Bürgerschaftlichen Engagements in Berlin.

Ich will noch ein paar Punkte ansprechen, die Sie geäußert haben, und auf Herrn Schippe zurückkommen. Herr Schippe! Sie haben für mich heute etwas dargestellt, da erinnere ich mich sehr gern an Herrn Zinner, den wir hier auch mal angehört haben. Herr Zinner hat für mich einen Begriff geprägt: Das Ehrenamt ist ein scheues Reh. – Ich will Ihnen das nur mal in Erinnerung rufen. Ich halte sehr viel davon. Das dürfen wir auch bei der Weitergestaltung nicht vergessen: Bürokratie nur so viel, wie sie nötig ist. Begleitende Strukturen so viel, wie sie nötig sind, aber auch Freiheiten lassen, dass es sich aus sich heraus entwickeln kann. So will ich das verstanden wissen. Sie können gern etwas darauf erwidern. Ich habe sehr viel Sympathie dafür, dass wir uns die Mühe machen zu gucken, wo wir Bürokratie vielleicht ein bisschen abbauen können. Sehr wohl müssen wir aber immer auch im Blick haben, dass es öffentliche Mittel sind, die wir dort verwenden, und natürlich müssen wir ordentlich darstellen, wofür sie verwendet worden sind. In diesem Korsett stecken wir leider.

Zu Ihrer Kritik an der sogenannten Projektitis, das heißt: Wir haben immer schöne Ideen, zwei, drei Jahre entwickeln wir sie, und genau dann, wenn sie anfangen zu greifen – schade, schade –, ist die Förderperiode vorbei und – zack – muss wieder was Neues her. Dann stülpen wir einen neuen Namen drüber und machen einen neuen Stempel darauf, aber faktisch ist es in vielen Bereichen eine sehr ähnliche Sache – um es jetzt mal etwas flapsig darzustellen. Will sagen: Wir müssen uns überlegen, wie wir es schaffen, mit öffentlichen Mitteln sowohl eine Entwicklung voranzutreiben – denn durch diese Projektentwicklung gibt es eine Modernisierung im System, neue Ideen frischen auch auf – als auch die Projekte, die gut laufen, weiter fortzusetzen. Das ist eine fortwährende Aufgabe in der Politik in diesen Tagen.

Zu Ihrem Wunsch, es auf Landesebene so anzudocken, dass es in einer Hand ist: Ich glaube, die Form, die wir jetzt haben, dass wir eine Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement in der Senatskanzlei haben, ist für mich schon so etwas, wie das, was Sie sagen: in einer Hand. Ich glaube aber nicht, dass es möglich ist, alles an bürgerschaftlichem Engagement aus allen Bereichen in eine einzige Hand zu schieben. Ich glaube, es ist gut, wenn zum Beispiel der Sportsenator im Bereich Sport und Ehrenamt unterwegs ist, wenn Soziales das Gleiche macht, wenn die Stadtentwicklung das mit dem Quartiersmanagement u. Ä. macht, wenn es im Bereich Kultur gemacht wird, denn das zeigt ja auch, dass Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement eine Querschnittsaufgabe von uns allen ist, und dass wir es überall fördern und unterstützen müssen. Vielleicht habe ich Ihr Ansinnen nicht ganz verstanden, aber ich glaube, die Form, wie wir sie gewählt haben – das zeigt sich ja beispielsweise bei der Stiftungskultur –, da ist Berlin sehr weiter gekommen; Frau Dunger-Löper hat da enorm viel gemacht, ich darf sie an der Stelle mal loben. Dieses Thema haben wir in Berlin vorher nicht so sehr auf der Agenda gehabt. Wir organisieren viel stärker, dass Menschen, die Geld haben, in dieser Stadt mehr machen, sich in einer anderen Form ehrenamtlich engagieren, und diese Vielfalt ist enorm wichtig.

Über die Idee des zentralen Hauses müssen wir noch mal reden, das habe ich nicht ganz verstanden. Ich finde es manchmal sogar sehr sympathisch, wenn sich die 150, die unterzeichnet haben, und die vielen im Landesnetzwerk organisierten Träger rotierend unterschiedlich treffen. Man lernt dann ja auch immer wieder etwas Neues, denke ich, aber vielleicht können Sie uns das bei Gelegenheit noch mal vertiefend erläutern. Wir würden uns wünschen – da schließe ich mich meinem Kollegen Rainer-Michael Lehmann an: Klar, wenn wir in so einer Sitzung mehr Haushaltsbudget ranpacken wollen, können wir das gern machen, nur ist das Problem, dass wir das momentan in dem Haushalt an anderen Stellen organisiert haben.

Aber ich will Ihnen an der Stelle eines mitgeben: Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales hat zum Beispiel mit einem Berichtsauftrag nachgefragt, wo überall Mittel für den Bereich bürgerschaftliches Engagement verortet sind. Ähnliche Berichtsaufträge sind auch in anderen Ausschüssen vorhanden. Ich denke, dass wir nach diesen Haushaltsberatungen zumindest eine Chance haben, uns ein größeres Gesamtbild anschauen zu können. Ich halte das für Berlin für ganz enorm und glaube, dass wir festhalten können, dass Berlin im Bereich bürgerschaftliches Engagement schon sehr viel geleistet hat und wir gemeinsam sehr viel entwickelt haben. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir weiterhin gemeinsam viele neue Perspektiven eröffnen werden und zum Wohle der Berliner und Berlinerinnen gemeinsam viel voranbringen werden. Ich bin zuversichtlich und danke Ihnen für die Unterstützung und für Ihre Arbeit!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Frau Radziwill! – Frau Platta!

Marion Platta (LINKE): Vieles ist jetzt schon gesagt. Danken möchte ich aber trotzdem auch gern persönlich für Ihr Engagement und Ihre heutigen Beiträge! Ich habe auch ein paar Fragen. Herr Schippe! Ihren Sieben-Punkte-Katalog, den Sie uns heute dargelegt haben, halte ich für sehr wichtig. Auch ich bin der Auffassung, dass wir bei der „Projekteritis“, die wir hier im Land Berlin betreiben, irgendwann mal zu einem Punkt kommen müssen, wo man weggkommt vom Nachforschen, ob dieses Projekt gut ist oder nicht, sondern dass man, wenn man sich festgelegt hat und sagt: Das ist ein gutes Projekt –, das dann auch in die Regelfinanzierung überführen kann, wenn die Bedingungen dafür immer noch da sind. Deshalb meine Frage: Haben Sie für sich schon mal über einen Kriterienkatalog nachgedacht, wann Projekte wirklich so gut sind, dass sie nicht nur verlängert werden, sondern ständig Begleitung der Politik und des Landeshaushalts sein sollten?

Zum zentralen Haus, ähnlich wie das Haus der Demokratie: Mir stellt sich die Frage, warum es nicht möglich ist, diese Sachen zu kombinieren, denn viele Dinge, die im Haus der Demokratie stattfinden, haben sehr wohl etwas mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun. Wenn ich allein an die Beteiligungskultur bei der integrierten Stadtentwicklung denke, sind da sehr viele Menschen unterwegs, die alles im Ehrenamt betreiben. Deshalb denke ich, dass es möglich sein könnte, hier nicht nur eine gemeinsame Plattform zu bilden, sondern auch in einem gemeinsamen Haus zu wirken. Können Sie sich das auch so vorstellen?

Weil es so ist, dass man viele Bereiche betrachten kann – Soziales, Bildung, Stadtentwicklung usw., was meine Vorednerin schon angesprochen hat –, mag es zwar sinnvoll sein, eine Hand zu haben, aber ich denke, wenn diese Hand nicht die Koordination all dieser anderen Themenfelder organisieren kann, dann ist es wieder eher ein Hinderungsgrund, eine Ebene, die wieder angesprochen werden muss, die dann eher zu mehr Bürokratie führt, als dass sie abgebaut wird, so wie Sie sich das vorstellen.

Was mich noch bewegt hat: Frau Schaaf-Derichs! Zehn Jahre sind eine lange Zeit für ein Berufsleben; für die Menschheit ist es ja nicht sehr lange, aber trotzdem meine Frage: Wie schätzen Sie die Entwicklungszahlen ein? Hat es in diesen zehn Jahren mehr bürgerschaftliches Engagement gegeben oder ist es gerade wegen zu viel Bürokratie dazu gekommen, dass man in bestimmten Bereichen eher gespürt hat, dass das Engagement zurückgegangen ist, weil die Hemmnisse an dem einen oder anderen Punkt doch zu groß sind? Gibt es mehr Menschen, die sich engagieren, und wenn ja, in welchen Bereichen? Haben sich die Ursachen für

das bürgerschaftliche Engagement verändert? Da möchte ich jetzt gar nicht so sehr auf die Probleme, die wir jetzt mit den Flüchtlingen haben, eingehen, sondern: Gibt es schon in der allgemeinen Stadtentwicklung, wie wir unser tagtägliches Leben vorfinden, Ursachen, die zu mehr oder auch weniger bürgerschaftlichem Engagement führen könnten?

Frau Metzner! Mich interessiert noch der Punkt, den Sie angesprochen haben, dass die Caritas in ihren Einrichtungen festgestellt hat, dass sie für das Management des Ehrenamtes einen besonderen Personalschlüssel braucht. Woran haben die das festgemacht? Was sind das für Kriterien, um festzustellen: Wir haben hier eine Aufgabe, da erwarten wir – oder befürchten, je nachdem – bürgerschaftliches Engagement, das wir managen wollen. – Woran machen sie das fest, inhaltlich, an den Zahlen, an den Aufgaben? Wie wird so ein Personalschlüssel berechnet? Wie kann man aus den Erfahrungen der Caritas letztendlich Aspekte gewinnen, die für andere Einrichtungen von Wert sein können und – ich sage es mal anders herum – auch für uns als Politik von Wert sein können, gerade um auch festzulegen, dass zehn oder zwölf Freiwilligenagenturen in der Stadt zu wenig sind und wir mehr brauchen, also auch für uns eine Art Personalschlüssel daraus entwickeln können?

Ansonsten haben wir mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sicherlich im Ausschuss demnächst die Debatte zur Engagementstrategie, und natürlich werden wir die Erfahrungen der anderen Länder auswerten können. Wir hoffen auf Ihre Bereitschaft, uns dabei zu unterstützen, damit es etwas Vernünftiges für unser Land wird. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Frau Platta! – Herr Krüger!

Joachim Krüger (CDU): Auch von mir vielen Dank, dass wir die Debatte heute so führen können! Das zeigt eigentlich, dass wir mittendrin sind in dieser Strategie, dass wir die nicht erst beginnen müssen, sondern dass wir schon einen erheblichen Vorlauf haben. Dass dieser immer wieder aktuell ist, ergibt sich allein aus der Tatsache, dass sich immer wieder neue Ehrenamtsperspektiven eröffnen und sich immer wieder neue Menschen damit auseinandersetzen. Damit wird man automatisch immer wieder auf diese grundlegenden Äußerungen, die damals gemacht worden sind, zurückkommen. Das ist wohl ganz normal.

Ich will ganz wenige Bemerkungen machen, die mir wichtig erscheinen. Wir lernen durch den Ausschuss sehr vielfältiges Ehrenamt, sehr vielfältiges bürgerschaftliches Engagement kennen. Das ist gut so. Wir sollten diese Pflänzchen allerdings auch wachsen lassen. Das Stichwort ist hier schon gefallen: Überreglementierung, zu viel Bürokratie ist an dieser Stelle in meinen Augen schädlich. Man sollte wirklich Vertrauen haben, dass sich vieles frei entwickeln möchte, und man sollte nicht zuerst nach der Satzung schreien, sondern die Menschen an der Stelle, wo sie gern wirken wollen, auch lassen.

Das Zweite: Wir haben eigentlich immer noch eine Aufgabe, die ein Stück missionarische Tätigkeit ist, das ist heute Nachmittag an einigen Stellen noch mal deutlich geworden. Wir sind in diesem Kreis hier immer ganz schnell überzeugt, dass das alles so richtig, schön und wunderbar ist, aber reden Sie mal mit anderen Leuten, auch mit anderen Politikern über dieses Feld. Da ist man häufig so ein bisschen abgestempelt: Das sind die Doofen, die machen das Ehrenamt, und wir machen die richtigen Dinge, die richtig politisch sind und wo ordentliche, richtige, kräftige Entscheidungen fallen. – Ich denke, wir müssen noch sehr viel tun, damit auch in den anderen Politikfeldern stärker wahrgenommen wird, dass das bürgerschaftliche

Engagement auch bei ihnen einen erheblichen Stellenwert hat und weiterhelfen kann, also nicht nur eine Sache ist, die Arbeit macht, sondern die etwas bringt.

Wir haben im Augenblick dankenswerterweise – das muss nicht immer wieder betont werden, aber man kann eigentlich immer wieder nur dankbar sein – dieses großes Engagement gegenüber den Menschen, die versuchen, bei uns ein wenig Ruhe und Abstand zu ihren Bürgerkriegssituationen zu finden. Ich habe noch keinen gehört, den ich aus anderen Ehrenämtern kenne, der mir sagt: Weil ich mich nun für die Flüchtlinge engagiere, mache ich das andere nicht mehr. – Augenscheinlich ist es kein Widerspruch, so etwas zu machen. Das kann sich vielleicht aus der Quantität der Nachfrage verändern, aber ich finde es gut, dass das bisher nicht der Fall ist, und wir sollten beides nach wie vor in Ehren halten.

Ein letztes wichtiges Thema, das ich in diesen ganzen Debatten ungern auslasse, ist, dass wir uns weiterhin intensiv Gedanken machen – und auch über Handlungsabläufe; das hat an vielen Stellen wieder etwas mit Fortbildung zu tun – über das Verhältnis zwischen den Ehrenamtler und den Hauptberuflern. Ich habe es am Donnerstag gesagt: Ich erwarte von den Hauptberuflern, dass sie nicht in erster Linie die Ellenbogen benutzen, um die Ehrenamtler beiseite zu drücken. Umgekehrt müssen die, die im Ehrenamt tätig sind, bereit sein, auf die Hauptberufler zuzugehen, sie als eine Ergänzung zu empfinden, nicht als Gegensatz. Ich denke, an der Stelle ist noch einiges zu erledigen. Man kann immer sehr schöne Worte verlieren, aber wenn man in die ganz konkreten Strukturen guckt, sieht man schon, dass da erhebliche Spannungen sind und dass man an vielen Stellen noch einiges tun muss, um das aufzuheben. – Schönen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Krüger! – Frau Radziwill möchte für eine ganz kleine Anmerkung noch mal das Wort.

Ülker Radziwill (SPD): Ich habe noch eine Frage zur Fortbildung: Ja, die ist wichtig. – Was genau fordern Sie dort, und wie arbeiten Sie mit denen, die bisher auf dem Feld der Fortbildung tätig sind – es gibt viele Träger, die das anbieten – zusammen, auch im Dialog?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann sind wir am Ende der Diskussion, und ich möchte Ihnen noch mal das Wort geben, und zwar in umgekehrter Reihenfolge. – Frau Schaaf-Derichs, bitte!

Carola Schaaf-Derichs (Geschäftsführerin der Landesfreiwilligenagentur Berlin e. V.): Recht herzlichen Dank für die vielen Fragen, aber auch für die vielen Anregungen und die Anerkennung, die uns hier zuteilgeworden ist. Das tut auch den hauptamtlichen Unterstützerrinnen und Unterstützern von Engagementstrukturen sehr gut. Vielen Dank dafür!

Sie haben ganz wichtige Punkte angesprochen. Ich will mal eine Sache vorwegnehmen, die immer wieder auftauchte: Inwieweit wird Bürgerengagement in Zukunft eine größere Rolle spielen? – Mein Eindruck ist erstens, dass die Rate der engagierten Menschen gestiegen ist. Man muss es sich allerdings demografisch anschauen. Das hat sich etwas verändert. Die jungen Leute sind stärker in den sehr verschuldeten Studien drin, und im Moment haben wir einen hoch engagierten Anteil – wie nenne ich das jetzt? – jüngerer Älterer, die wir auch gern erreichen wollten. Nicht alle von ihnen wollen aber auch gleich in ein Engagement. Man muss das genau mit diesem Element der Eigensinnigkeit gut verstehen. Menschen treffen ihre Ent-

scheidungen, und ich glaube auch, da steckt eine hohe Eigenverantwortung drin. Es hat ja keinen Sinn, mich zu engagieren, wenn ich selbst in meinem Leben gewisse Probleme zu bewältigen habe.

Eine Überschrift von mir ist bei ganz vielen Fragen, die Sie gestellt haben: Ich glaube, dass die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements steigen wird, und zwar gerade aufgrund der demografischen Veränderungen und dessen, was wir als gesellschaftlichen Wandel haben. Den gesellschaftlichen Wandel werden wir nicht wirklich komplett vorhersagen können – das ist die Erkenntnis dieser Tage –, und aus diesem Grund heraus muss bürgerschaftliches Engagement und müssen vor allem die Ermöglichungsstrukturen – hier möchte ich mal ein Bild benutzen – passen wie gut mitwachsende Kleidung. Sie können alle auffordern: Macht was, engagiert euch! –, aber nur dann, wenn ich weiß, dass ich gerüstet und gut ausgebildet bin – Stichwort Fortbildung, ich habe Menschen, die mich informieren, beraten oder auch mal ein Coaching oder eine Supervision für schwierige Engagementbereiche geben –, kann ich mich als selbstbewusster Mensch in meiner Zeit, der ich durchaus bin, engagieren. Das sind für mich die „Leitplanken“, die es immer mehr erforderlich machen, Engagement in seiner förderlichen Infrastruktur zu unterstützen.

Jetzt gehe ich mal ein bisschen nach der Reihenfolge vor: Herr Schweikhardt hat konkret nach Konkurrenzen bei bestehendem und neuem Engagement gefragt. Schon als wir vor 27 Jahren antraten – es ist doch ein paar Tage her –, war das genau die Frage: traditionelles und neues Engagement. Wir haben immer gleich geantwortet, und so würde ich auch jetzt antworten: Wir brauchen beides. Es braucht die engagierte Kirchengemeinde um die Ecke – und glauben Sie nicht, dass da nur tradiertes Engagement besteht –, und wir brauchen das spontane und das – sozusagen – herausfordernde Engagement. Da werden Fragen aufgeworfen, die vielleicht ohne eine entsprechende Bürgerinitiative nicht aufgeworfen worden wären. Wir sehen zum Beispiel im Sport – da ziehe ich mal meinen Hut –, dass dort die Frage der gesellschaftlichen Diversität und auch der Probleme innerhalb von Vereinen, wie sie sich zurzeit entwickeln, schon vor vielen Jahren aufgegriffen wurde. Wir hatten den Berliner Fußballverband als Vorstellenden unter dem Gesichtspunkt Anerkennungskultur: Ich habe eine Stunde non-stop Ansagen zu hören bekommen, was die an Fortbildungsmöglichkeiten für die Vereinsführenden in ihrem großen Gebilde, dem Berliner Fußballverband, anbieten. Sagenhaft! Sprich: Ich glaube, wir müssen uns nicht wirklich Sorgen machen, dass nicht mitgegangen wird, und es gibt auch keine Konkurrenz. Der Landessportbund saß daneben und hat gesagt: Wow! Was der Fußballverband alles kann! – Gleich waren sie vernetzt, gleich haben sie sich auf den Weg gemacht, gleich ging es weiter: Wie können wir bestimmte Dinge machen? – Wichtig war, dass sie sich getroffen und ausgetauscht haben. Die beiden Vereins- und Verbandsvertreter/innen hätten sich vielleicht nicht zwingend so darüber ausgetauscht. Also, ich würde sagen: Altes und neues Engagement ist kein Problem, aber sie brauchen Ebenen, sie brauchen Plattformen, wo sie sich treffen.

Ein weiterer Punkt dazu: Was ist das Landesnetzwerk? – Das Landesnetzwerk ist genau so eine Plattform. Die Frage war, ob sich das Landesnetzwerk kontinuierlich oder sprunghaft entwickelt hat: Wir haben keinen Moment Außenwerbung gemacht. Es war immer ein Interesse, neue Initiativen, auch Projekte im Übrigen, die es in der Stadt gibt, einzuladen, kennenzulernen, zu diskutieren, miteinander in Austausch zu kommen, voneinander zu lernen, lernen auch über Projektstrukturen, auch über Rahmenbedingungen. Da gehen immer alle mit irgendetwas nach Hause – in Gänsefüßchen –, in ihre eigenen Einrichtungen und sagen: So geht es

gut, so geht es vielleicht nicht so gut –, oder wir laden diese Personen ein. Also, dieses Lernen aus der Strukturentwicklung ist Plattformfunktion, und weil Herr Schweikhardt ganz konkret nach Kooperationswünschen von Senat und Zivilgesellschaft gefragt hat: Ich glaube, wir haben auch ein Strukturlernen nötig, und das wäre ein Wunsch, wo sich das Landesnetzwerk bisher zum Teil sehr allein gefühlt hat. Sicherlich haben wir Besuche bekommen und auch miteinander geredet, aber das ist nur der erste Schritt. Der zweite Schritt wäre, tatsächlich ein Stück vorausschauende Planung miteinander zu machen. Ich glaube, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure, da sie sich ja viel mit dem Feld beschäftigen, sehr weit vorausschauen können. Manche Entwicklungen sind schon ein wenig erkennbar, und es ist nicht so, dass die Administration das nicht täte oder könnte, aber das ist ein anderer Blick.

Und diese beiden Perspektiven manchmal zusammenzubringen, hielte ich für eine gedeihliche Entwicklung von Gesellschaft für ausgesprochen wichtig. Also, ich habe jetzt gesagt: Bedeutungszuwachs für das Feld, gedeihlicher Austausch von Perspektiven. Natürlich bleiben die Handlungslogiken immer noch unterschiedlich – Frau Dunger-Löper hat es deutlich gemacht. Ich glaube nicht, dass die Zivilgesellschaft-Teamplayer sich einer administrativen Handlungslogik annehmen wollten. Was sie aber tun wollen, ist, zu lernen, wie die Handlungslogik der Verwaltung funktioniert. Das ist nicht jedem immer gleich ganz eingängig, und wer sich mit Verwaltung auskennt, der weiß, was das bedeutet. Und auf der anderen Seite: Eigene Handlungslogik auch aus Problemlösungsstrategien heraus mal zu verdeutlichen. Das möchte ich mal festhalten, auch unter dem Stichwort Strategie. Es geht nicht nur darum, dass man jetzt einen Wurf macht und sagt, so oder so muss es sein. Auch die Hamburger reden ganz viel. Wir haben Kontakt zum Hamburger Netzwerk. Die haben gesagt: Ja, jetzt haben wir eine Strategie, aber wir müssen immer noch reden. Die hatten, glaube ich, die Hoffnung, nach der Strategie ist alles anders. Das würde ich nicht so sehen.

Die Strategie wäre eher ein Rahmenwerk, um diesen Austausch zu verstetigen, und – ich bleibe noch mal bei meinem Wachstumsmodell –, Herr Lehmann hatte gefragt: Was ist die Perspektive? Wie bildet sich Bürgerengagement ab? – Bei allem Erfolg: Wir müssen wachsend bleiben. – Frau Radziwill hat es sehr schön noch einmal deutlich gemacht: Der Schwung, der uns damals innewohnte – ich weiß gar nicht, wo ist der denn abgeblieben? Der Schwung, der Aufbruch zu einer neuen Idee, das kann, in der Tat, natürlich im Laufe der Jahre abschwächen, wenn man nicht mehr den Kontakt und Austausch hat. Ich habe das eben wieder – persönlich – so empfunden, dass ich dachte: Ja, wie damals! Super, wir sitzen alle an einem Tisch. – Ich glaube, das ist ein Wunsch, den die Zivilgesellschaft beibehalten wird, miteinander, mit der verfassten Politik, mit der Exekutive, mit den, ich sage mal, wichtigen Menschen in diesem Land, in dieser Stadt an einem Tisch zu sein.

Das treibt viele auch zu der Frage: Was begeistert uns? Wie können wir die Dinge weitertragen? – Die Perspektive wäre also, dass wir sagen: eine finanzielle Ausstattung für den Ausschuss – das war ein Stichwort –, aber dann auch eine finanzielle Ausstattung für die – Entschuldigung, ich bleibe jetzt noch mal hart in der Forderung – Player, die selbst so eine formale Struktur benötigen. Mit den 84 Mitgliedsorganisationen im Landesnetzwerk – und da hat eine Null gefehlt, lieber Dietrich – sind es 100 000 Ehrenamtliche, die wir erreichen und nicht 10 000. Allein der Fußballverband hat 13 000 Ehrenamtliche. Das sind auch Karätigkeiten, wo wir sagen: Bitte in andere Landeszusammenhänge reinschauen! Das hielten wir für ganz wichtig, dass man jetzt eine kleine Verfasstheit für dieses Netzwerk schafft und an dieser Stelle nicht sagt: Euer Wachstum interessiert uns nicht! Seht zu, wie ihr das jetzt meistert! Nicht, dass irgendjemand hier im Raum das so je gesagt hätte, aber das Nichtkommunizieren ist auch eine Aussage. Damit stehen dann viele da und sagen: Schade, unser Engagement wird nicht gesehen. – Wir würden uns wünschen, dass wir ein bisschen Unterstützung für die Weiterentwicklung unserer Ansätze hätten.

Ich springe noch einmal kurz zu Frau Platta und zur Strategie. Sie hatten mich nicht konkret angesprochen, aber für mich ist Strategie vorausschauende Planung. Je mehr Köpfe mitdenken, umso besser kann eine solche Strategie entstehen. Dazu müsste man auch sagen: Wer denkt mit wem regelmäßig wie über gesellschaftliche Entwicklungen nach.

Zu Herrn Krüger – Sie hatten nach der Bedeutung des Bürgerengagements und nach Handlungsabläufen gefragt, und das Stichwort war Hauptamt/Ehrenamt – möchte ich noch etwas sagen. Auch hier ist noch einmal sehr deutlich: Wir brauchen genau dieses Zusammenspiel von professionell beruflich Tätigen als auch – und jetzt kommt das andere – von professionell ehrenamtlich Tätigen, die in ihrer Fähigkeit unterstützt werden. Stichwort: Freiwillige Feuerwehren – die brauchen jetzt sehr gute Akquisemethoden, weil ihnen leider die jungen Leute nicht mehr so zugehen wie in den letzten Jahren. Das heißt, man muss richtig moderne Sozialmarketingmethoden draufhaben, damit man hier wieder junge Menschen, zum Beispiel auch Mädchen, anspricht. Das sind, glaube ich, sehr herausfordernde Aufgaben.

Deswegen bleibe ich noch mal bei dem Punkt, Fortbildungen auch für die Ehrenamtlichen anzubieten, und zwar übergreifende, nicht nur in den einzelnen Organisationen – da gibt es schon ganz viel –, sondern eine Plattform, wo man sagt: Hier kann die Bürgergesellschaft lernen, auch voneinander lernen, zwischen Sport, Feuerwehr und sozialem Verband. Das sind meistens die wichtigsten Bringer, die man hat.

Erlauben Sie mir, dass ich noch einmal auf meine vielfältigen Notizen schaue. – Ja, wir haben eine sehr agile Bürgerstadt, das noch zum Zuruf von Frau Radziwill. Ich würde mir bei dem hohen Commitment, das wir haben, wünschen, dass wir das nicht so für sich alleine stehenlassen. Aktuell zu dieser Situation sage ich mal: Lassen Sie die Semesterferien zu Ende gehen. Lassen Sie die vielen Studentinnen und Studenten, die jetzt noch Tag für Tag hoch engagiert in Willkommensbündnissen tätig sind, wieder ihrem Studium zustreben. Das wird die Landschaft rapide verändern. Wir dürfen nicht der Suggestion erliegen, dass das, was wir jetzt als Phänomen sehen, 24 Stunden am Stück – – Es gibt so Formate wie „96 Stunden am Stück“. Danach können Sie die Engagierten sozusagen alle nach Hause tragen. Das hält niemand auf Dauer durch. Wir sind aufgerufen, jetzt Unterstützungsstrukturen für diese neuen Bereiche, die sich in der Gesellschaft auftun, zu entwickeln. Da sind wir im Austausch mit der Stiftung Gute Tat und mit allen, die da sind, aber wir brauchen da auch noch mal mehr Unterstützung und ein Pro. Ich denke, diese Stadt hat lange Jahre eine Sparpolitik ausgehalten und, das ist mir noch mal ganz wichtig, ich glaube, wir sind jetzt aus dem Tunnel heraus. Wenn ich die Zeitungen richtig interpretiere, was alles investiert wird, wie viel Infrastruktur es gefördertermaßen in Berlin gibt, dann hielte ich auch eine verbesserte Förderung der Infrastruktur für das Engagement für ausgesprochen wichtig. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Helga Metzner!

Helga Metzner (Landesfreiwilligenagentur Berlin e. V.; Vorstand): Ich kann noch etwas anführen, was Frau Schaaf-Derichs ausgelassen hat. Zu Anfang war die Frage, ob es konkrete Vorstellungen zum finanziellen Umfang der Förderung des Landesnetzwerks gibt. Natürlich gibt es diesen Vorschlag. Den hat es schon vielfach in allen möglichen Formen und in aller Ausführlichkeit gegeben. Es gibt ihn weiterhin, und er ist Ihnen auch sofort zuzuleiten.

Ich würde gern noch einmal kurz einzelne Aspekte, die Frau Schaaf-Derichs angesprochen hat, aufgreifen vor allen Dingen Ihnen danken. Es ist ja schon deutlich geworden, dass ein ganz breiter Konsens besteht, dass es jetzt darum geht, weiterzuentwickeln und vor allem das, was vielfach kommuniziert und in der Charta und anderen Willenserklärungen festgelegt ist, noch deutlicher umzusetzen. In dem Zusammenhang würde ich gern noch mal eine Lanze für die problematische Strategie brechen. Es geht überhaupt nicht darum, ein neues bürokrati-

sches Monstrum zu schaffen und überbürokratisierte Vorschriften für jeden Verwaltungsgang zu entwickeln, sondern es geht umgekehrt eher darum, dass wir das, was wir im Moment an aktuellen Hindernissen festgestellt haben, zugunsten einer größeren Öffnung weiterentwickeln, um Ermöglichungsstrukturen zu schaffen. Vielleicht noch mal die Beispiele: Es geht nicht nur darum, Ehrenamtliche und Hauptamtliche in Bezug auf die zunehmend heterogener werdende Gesellschaft fortzubilden, also Diversity sozusagen zu lernen, sondern es geht auch darum, dass das, was jetzt auf uns zukommt und was ja nun auch in vielfältiger Weise zum Glück kommuniziert und wahrgenommen wird – – Es geht auch darum, die Universitäten, die Schulen und die entsprechenden Verwaltungen zu öffnen für die vielen jungen, mittelalten und älteren Menschen, die hierherkommen und natürlich einen Platz suchen und brauchen. Wenn man täglich in den Zeitungen liest, welche immensen Schwierigkeiten das bedeutet, selbst nach der Anerkennung – gestern war im „Tagessiegel“ ein ganzseitiger Artikel, geschrieben von einer Juristin, zu lesen, was es bedeutet, auch nach der Anerkennung der Asylberechtigung überhaupt einen Schritt weiterzukommen, also welche immensen Hürden sich auf allen Ebenen aufbauen, nicht nur bei den Arbeitsämtern. Und auf der anderen Seite sieht man, wie IHK und VKI die Türen sozusagen weit geöffnet haben und sagen, ihr könnt kommen, wir stellen bereit, wir sind auch zu flexiblen Lösungen bereit. Also, diese Art der Öffnung, der Flexibilität und Ermöglichung würde ich mir auch von den politischen Institutionen und den Verwaltungen wünschen. Da ist vieles auch auf Landesebene möglich, man muss nicht nur auf grundsätzliche Bundesentscheidungen warten – und da ist Flexibilisierung inzwischen bekanntlich ein gern geäußerter Terminus.

Zu der Frage von Frau Platta zu den Kriterien für den Personalschlüssel: Ich denke, das ist schlachtweg die Erfahrung. Die Caritas sind die Ersten in der Turmstraße gewesen, und sie sind in vielem die Ersten gewesen und haben schlicht gesehen, was nottut. Sie haben eben auch eine lange Erfahrung als Organisatoren und Manager von Freiwilligen. Sie haben das mit Sicherheit erst einmal geschätzt. Das ist das Minimum, wenn wir 13 oder 15 Stunden einsetzen, um in einer Flüchtlingsinstitution, die 300 oder mehr Flüchtlinge aufnimmt, einigermaßen überschaubare Strukturen zu bekommen, die Freiwilligen einzusetzen. Insofern, denke ich, ist das sicherlich nicht zu vereinheitlichen und hängt schon auch von den jeweiligen Bedingungen und der Größe der jeweiligen Institutionen ab, aber das war sozusagen als Orientierung gedacht. Ohne die Berücksichtigung bei der Wiedereinrichtung von Flüchtlingseinrichtungen wird es für die Bezirklichen Freiwilligenagenturen, wie sie Frau Fidancan im Moment in Tempelhof-Schöneberg erlebt, schlachtweg überbordend. Sie ist da mit dem Management für zwei, drei, vier und immer neu hinzukommende Einrichtungen überfordert, und jetzt wird der Flughafen Tempelhof noch eingerichtet. Das ist in der Form, wie das im Moment geregelt ist, gar nicht zu leisten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Herr Schippel – zu einem Schlusswort!

Dietrich Schippel (Netzwerk Ehrenamt Neukölln – Sprecherrat): Schönen Dank! – Ich bin jetzt ein bisschen – um nicht zu sagen – in Verlegenheit gebracht worden, denn das meiste ist ja doch schon von meinen Kolleginnen erwähnt worden. Lassen Sie mich trotzdem noch ein, zwei grundsätzliche Sätze sagen. Zunächst: Noch einmal ein absoluter Dank an Sie alle für diese wunderbare, faire und inhaltlich hervorragende Diskussion! Herzlichen Dank dafür! Das hat man – ich sage das aus 30 Jahren Erfahrung heraus – in der Politik nicht immer so. – Herr Lehmann lächelt, er weiß ungefähr, was ich damit meine.

Ich knüpfe an das an, was Frau Radziwill gesagt hat, dass bürgerschaftliches Engagement und alles, was damit zu tun hat, in den Einzelbereichen natürlich wertvoll und wichtig ist. Natürlich ist es wertvoll und wichtig, dass in den Bezirken etwas passiert. Natürlich ist es wertvoll und wichtig, dass in den Senatsverwaltungen etwas passiert. Aber alles zusammen muss – zumindest aus meiner Sicht – auch einmal ein bisschen gebündelt werden, denn – das die Erfahrung der letzten zehn Jahre im Übrigen – viele Dinge werden doppelgleisig gemacht und dann letztendlich mit wenig Verve irgendwo wieder hingestellt. Man könnte die Dinge etwas mehr straffen, etwas mehr zusammenziehen. Querschnitt und Vielfalt, das ist das, was eigentlich bürgerschaftliches Engagement ausmachen sollte und müsste. Insofern ist es überhaupt kein Widerspruch, auf der einen Seite zu sagen, wir wollen versuchen, das mal ein bisschen zu bündeln und auch effektiver zu gestalten, und auf der anderen Seite auch mal das mit einzubeziehen, was mehr oder weniger in den Bezirken und in anderen Bereichen passiert. Wissen Sie zum Beispiel, dass es in Neukölln gerade im Ehrenamtsbereich, in der Anerkennungskultur Bestrebungen gibt, eine Menge zu tun? – Das ist so sicherlich nicht vielen bekannt. Das zu bündeln und auf eine Schiene zu schieben, das könnte, das sollte eigentlich auch die Aufgabe eines Landesnetzwerks – unter anderem – sein.

Das gilt natürlich auch – und das an Sie, Frau Platta, denn Sie hatten danach gefragt – für die Diskussion um ein Haus. Natürlich muss man hin und wieder viele Dinge auch ein bisschen holzschnittartig darstellen, damit sie eben genau dazu führen, dass an dieser Stelle diskutiert wird. Wir haben – und das ist eine lange Diskussion im Netzwerk; ich weiß, vor etwa fünf Jahren fingen wir an, intensiv darüber zu diskutieren – darüber im Netzwerk diskutiert, dass es doch schön wäre, wenn das Landesnetzwerk selbst an einem bestimmten Ort verortet und nicht nur zu Gast wäre – so schön das ist, ohne Frage, und so sehr wir dafür dankbar sind –, und wenn mit den vielen kleinen Organisationen – die keine Geschäftsstelle haben und überhaupt nicht in der Lage sind, sich vernünftig irgendwo zusammenzusetzen, um sich zu artikulieren, die sich dann irgendwo etwas suchen müssen – etwas Gemeinsames entstehen könnte. Das ist, das gebe ich zu, ein Wunschenken, kostet letztlich auch wieder Geld, aber wir sollten in erster Linie nicht über Geld reden, sondern über die Möglichkeiten, was wir machen können. Die Diskussion über das Geld führen wir dann anschließend, die kommt zwangsläufig. So ist das in allen Dingen.

Das Thema Haupt- und Ehrenamt hatte Frau Schaaf-Derichs schon in aller Ausführlichkeit erwähnt, Herr Krüger. – Das war es aus meiner Sicht. Ich möchte nicht allzu viel wiederholen und Sie damit langweilen und strapazieren. Wir danken Ihnen – als Landesnetzwerk glaube ich, das sagen zu dürfen – ganz besondere für Ihr Engagement und für die Gelegenheit, dass wir Ihnen das hier sagen durften! Wir hoffen, dass diese Diskussion kein Ende findet und auch in Zukunft weitergeht. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Schippel! – Frau Staatssekretärin! Sie wollten im Rahmen der Schlussrunde noch mal das Wort ergreifen? – Bitte, gern!

Staatssekretärin Hella Dunger-Löper (SKzL): Ich mache es kurz und möchte nur drei Punkte erwähnen. – Zum einen zur Frage der Organisation des Ehrenamts durch die Träger. Das ist schon ins Flüchtlingskonzept eingegangen. Wir hatten frühzeitig darum gebeten – und das ist auch aufgenommen worden –, dass das schon in die Verträge mit den Betreibern mit aufgenommen wird, einerseits selbst etwas zu leisten bzw. mit den in der Nähe des jeweiligen Standorts befindlichen Organisationen zu kooperieren, die in diesem Bereich erfahren sind –

ob das eine Freiwilligenagentur ist oder ein Nachbarschaftsheim. Das ist auf dem Weg. Insofern ist das keine Einzelerscheinung bei der Caritas, sondern das wird jetzt durchgängig so gemacht.

Zum Zweiten: Ich habe das vorhin so karikierend gesagt, diese Engagementverträglichkeitsprüfung. Das ist ein Zitat aus einem Protokoll dieses Ausschusses, das ist also nicht an den Haaren herbeigezogen. Das ist – jedenfalls für mich – ein Synonym für den Aufbau einer Administration in einem Bereich, wo es möglicherweise dem Gegenstand nicht entspricht.

Als Letztes möchte ich gern noch mal an das anknüpfen, was Herr Schippel gesagt hat: Ich glaube, dass die Frage des Ortes – und das heißt auch ein Haus des Engagements – viel zu wenig beachtet wird. Ich glaube, dass das eine Schlüsselfrage auch für die Zukunft und für die Sichtbarkeit in einem Gemeinwesen, in einer Kommune ist. Wir haben das in letzter Zeit mehrfach intern und in kleineren Arbeitsgruppen diskutiert. Es hätte sich möglicherweise auch eine gute Gelegenheit ergeben, aber aufgrund der aktuellen Situation ist das im Augenblick erst einmal wieder etwas in den Hintergrund getreten. Ich halte es aber nach wie vor für ganz zentral, dieses Thema weiter zu bearbeiten. Deswegen werden wir gucken; solange zwar die Häuser alle belegt sind, aber die Idee als solche sich weiterentwickelt, können wir das auch weiter betreiben.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Herzlichen Dank! – Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunkts. – Noch einmal vielen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie da waren! – Die Besprechung zu Punkt 3a) und 3b) ist damit abgeschlossen, oder brauchen wir noch eine Auswertung, dann vertage ich es? – Nein, es ist abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0016
Freifunk: Digitales bürgerliches Engagement BuergEn
über den Dächern Berlins im Aufwind
(auf Antrag der Piratenfraktion)

Hierzu: Auswertung der Anhörung in der 18. Sitzung

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.